



Energie-Control Austria für die
Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
z H Herrn Dipl. Ing. Walter Boltz
z H Herrn Mag. Martin Graf
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Wien, 17. April 2012
TPL/TL/JP

**Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf
der Gas-Marktmmodell-Verordnung 2012**

Sehr geehrter Herr Dipl. Ing. Boltz!
Sehr geehrter Herr Mag. Graf!

Wir danken für die Übermittlung des Entwurfs der Gas-Marktmmodell VO vom 03.04.2012 und dürfen wie folgt dazu Stellung nehmen:

Allgemeiner Teil

Vorab möchten wir nochmals festhalten, dass die Umsetzung der Vorgaben des 3. Energiepaketes sich im Leitungsbereich ausschließlich auf die Fernleitungsebene (Interconnection Points) bezieht. Die Verteilernetzleitungen werden somit nicht im Anwendungsbereich der zukünftig festzulegenden Network-Codes liegen. Eine Vorwegnahme der noch auszugestaltenden Network-Codes und eine Ableitung von entsprechenden Bestimmungen für das Verteilernetz findet aus unserer Sicht daher keine Deckung im europäischen Rechtsrahmen.

Netzstabilität und Versorgungssicherheit sollten auch in der Marktregelverordnung einen besonderen Stellenwert einnehmen. Dies sehen wir insbesondere mit dem Tagesbilanzierungssystem gefährdet. Bereits innerhalb der ENTSOG-Arbeitsgruppen zum Balancing-Network-Code wurde erkannt, dass ein reines Tagesbilanzierungsmodell, wie es derzeit in der Marktregelverordnung vorgesehen ist, auf der Fernleitungsebene nicht möglich ist, ohne dadurch Netzstabilität und Versorgungssicherheit zu gefährden. Umso kritischer erscheint die geplante Einführung eines derartigen Bilanzierungsregimes im wesentlich volatileren Verteilernetz. Wir ersuchen daher höflich die europäischen Erfahrungen in nationale Entscheidungen miteinzubeziehen.

Im Detail

Ad § 11 Abs 3 – Nominierungs- und Renominierungsregelung

Eine Beschränkung der Re-/Nominierungsfreiheit für Bilanzgruppenverantwortliche schränkt auf unnötige Weise die Flexibilität für die Versorgung ein und steht damit im Widerspruch zum immer

größer werdenden Bedarf an Flexibilität (Handel am liquiden Hub).

Aus unserer Sicht müsste für die Vorhaltung von fester Day Ahead-Kapazität vom Leitungsnetzbetreiber 10% für kurzfristige Produkte reserviert werden. Ansonsten müsste diese Reservierung dem Bilanzgruppenverantwortlichen finanziell abgegolten werden.

Eine Beschränkung der Re-/Nominierung führt des Weiteren dazu, dass der Bilanzgruppenverantwortliche nicht bedarfsgerecht nominieren kann, was de facto zu einer Erhöhung der Regelenergiekosten führen wird. Eine Re-/Nominierung sollte daher unabhängig von der gebuchten Gesamtkapazität am Buchungspunkt jedenfalls bis zu 100% der gebuchten/bezahlten Kapazität der Bilanzgruppe möglich sein.

Ad § 16 Abs 1 – Netzzugang für Speicherunternehmen

Diese Bestimmung sieht vor, dass eine Reduktion der Kapazitäten durch das Speicherunternehmen nur unter der Voraussetzung möglich ist, dass der Netzbetreiber diese anderweitig vermarkten kann. Das entspricht de facto einer Abnahmeverpflichtung durch das Speicherunternehmen, selbst wenn kein entsprechender Transportbedarf der Speicherkunden gegeben ist. Die Tatsache, dass das Speicherunternehmen überhaupt derartige Kapazitäten bucht, ergibt sich aus dem GWG 2011, das vorsieht, dass Speicherkapazitäten dem Kunden direkt am Hub angeboten werden müssen. Diese Regelung kann jedoch nicht dazu führen, dass für nicht vermarktete Speicherkapazitäten weiterhin Transportkapazitäten vom Speicherunternehmen bezahlt werden müssen und diesem dadurch vermeidbare Kosten entstehen. Vielmehr sollten aus unserer Sicht Kapazitätsänderungen von Speicherunternehmen gleich den Kapazitätsänderungen von Endkunden umgesetzt werden. Bei dieser Vorgehensweise führt eine Reduktion der Kapazität auch zu einer Reduktion der Kosten. Diese Systematik sollte auf Speicherunternehmen übertragen werden

§ 16 ist daher aus unserer Sicht inakzeptabel und sieht eine überschießende Verpflichtung im Vergleich zum GWG vor.

Ad § 17 – Netzzugang für Produzenten und Erzeuger von biogenen Gasen

Die vergleichbare Bestimmung für die Produktion ist ebenso abzulehnen, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Produktion aufgrund des natürlichen Lebenszyklus kontinuierlich abnimmt. Der Produzent muss dann aus unserer Sicht die Möglichkeit haben, die Netznutzung entsprechend anzupassen. Gleichzeitig mit dem Abfall der Kapazität aus der Produktion wird der betriebliche finanzielle Aufwand für die sinkenden Produktionsmengen immer größer. Wenn dann für den Produzenten zusätzlich Kosten für Kapazitäten, welche nicht direkt genutzt werden, anfallen, kommt es zu einer erheblichen Benachteiligung inländischer Produktion gegenüber ausländischen Produzenten.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass bei netzschonenden Maßnahmen bei der Einspeisung von Produktionsmengen das Entgelt wie auch in der Vergangenheit (Einspeiseentgelt) anzupassen ist.

Ad § 18 Abs 1 – Grundsätze des Bilanzierungssystems

§ 18 der Verordnung bestimmt, dass jeder Netzbenutzer einer Bilanzgruppe angehören muss. Das GWG 2011 regelt, dass auch Speicherunternehmen zu den Netzbenutzern zählen. Vor diesem Hintergrund ist unklar, ob ein Speicherunternehmen bzw. auch ein Produzent lediglich einer Bilanzgruppe angehören muss oder aber selbst eine Bilanzgruppe zu gründen hat.

Nach unserem Dafürhalten, sollte es ausreichend sein, wenn ein Speicherunternehmen bzw. ein Produzent einer Bilanzgruppe angehört. Dies sollte in der Verordnung entsprechend klar formuliert werden.

Ad § 18 Abs 2

Wie bereits in der Einleitung dargestellt, sollte das System der Stundenbilanzierung im Sinne der Versorgungssicherheit und Netzstabilität unbedingt für alle Marktteilnehmer beibehalten werden. Die wichtige Rolle der Versorger in der Verantwortung für die bedarfsgerechte Versorgung bei effizienter Nutzung der Leitungskapazitäten sollte erhalten bleiben. Dies setzt die Möglichkeit einer stündlichen Bilanzierung voraus, bei der auch ein Anreiz zur netzschonenden Nominierung besteht.

Das Modell der Tagesbilanzierung basiert auf der Annahme, dass Netzdruck „gratis“ ist und es ausreichend Netzpuffer gibt um die gesamte Strukturierung im Marktgebiet durchzuführen. Vielmehr hat die Praxis jedoch gezeigt, dass es immer wieder zu Transportengpässen kommt. Darüber hinaus benachteiligen die vorgesehenen unterschiedlichen Bilanzierungsregime nicht nur Industriekunden und Kraftwerksbetreiber, sondern es werden die Systemkosten insgesamt massiv erhöht. Dieses System wird über einen längeren Zeitraum betrachtet auch eine spürbare Erhöhung des Erdgaspreises für Kleingewerbe und Haushalte bewirken.

Wir vertreten jedenfalls die Ansicht, dass das gut etablierte Regime der Stundenbilanzierung unbedingt beibehalten werden sollte.

Ad § 19 – Regelung zur Registrierung im Marktgebiet

Es ist aus unserer Sicht sehr bedenklich, dass in einem diskriminierungsfreien Markt eine Institution – nämlich der Marktgebietsmanager – geschaffen wird, der über alle Aktivitäten sämtlicher Marktteilnehmer detailliert informiert ist und sogar im Namen und auf Rechnung der Marktteilnehmer handeln kann und dabei der Voraussicht nach im Alleineigentum eines einzigen Marktteilnehmers steht. Die Unabhängigkeit dieser Institution ist aus unserer Sicht in keiner Weise gewährleistet. Der Marktgebietsmanager muss vielmehr eine neutrale Position vertreten können. (z.B. als Gemeinschaftsunternehmen aller Fernleitungsnetzbetreiber).

Eine abschließende Stellungnahme zu § 19 kann aus unserer jedoch nicht vorgenommen werden, verweist diese Bestimmung doch auf § 16 GWG, der vorsieht, dass zwischen Marktgebietsmanager und Bilanzgruppenverantwortlichem ein Vertrag auf Basis der Allgemeinen Bedingungen des Marktgebietsmanagers abzuschließen ist. Diese Bedingungen liegen jedoch noch nicht vor, sodass überhaupt nicht klar ist, wie weit die Kompetenzen des Marktgebietsmanagers tatsächlich reichen. Eine generelle Bevollmächtigung des Marktgebietsmanagers durch welche dieser berechtigt ist, umfassend im Namen des

Bilanzgruppenverantwortlichen zu handeln ist, wie bereits ausgeführt, aus unserer Sicht zu weitreichend und daher abzulehnen.

Des Weiteren ist es aus unserer Sicht bedenklich, wenn mit einem Markteintritt eine Zwangsmitgliedschaft an einer Börse verbunden ist. Dies stellt speziell für neue Marktteilnehmer eine massive Eintrittsbarriere dar.

Ad § 23 – Zuordnung von Kapazitäten zu Bilanzgruppen

§ 23 Abs 1 der Verordnung sieht folgende Regelung vor: „Der Netzbenutzer muss Bilanzgruppenverantwortlicher oder unmittelbares Bilanzgruppenmitglied jener Bilanzgruppe gemäß § 20 Abs 2 sein, der er Kapazität zuordnet.“

Die Umsetzung dieser Regelung würde dazu führen, dass beispielsweise ein Speicherunternehmen entweder als Bilanzgruppenverantwortlicher (Widerspruch: BGV muss nicht Bilanzgruppen angehören) oder als Bilanzgruppenmitglied sämtlichen Bilanzgruppen angehören müsste, denen es Kapazitäten zuordnet. Dies würde dazu führen, dass ein Speicherunternehmen einer Vielzahl von unterschiedlichen Bilanzgruppen angehören müsste und würde damit die entsprechenden Netzkopplungsverträge aushebeln.

Nicht nur, dass die Sinnhaftigkeit dieser Bestimmung unserer Meinung nach nicht nachvollziehbar ist, scheint auch eine praktische Umsetzung aus unserer Sicht nicht möglich zu sein.

Ad § 26 Abs 4 – Bilanzierung des Marktgebietsmanagers

Aufgrund der oben genannten Argumente (§19) ist es ebenso bedenklich, dass der Marktgebietsmanager das Recht hat, bei Unausgeglichenheiten bereits nach nur einer Stunde im Namen und auf Rechnung des Bilanzgruppenverantwortlichen Börsentransaktionen durchzuführen. Insbesondere aufgrund derartiger Ermächtigungen sollte die Unabhängigkeit des Marktgebietsmanagers gewährleistet sein.

Ad Anlage 3

Der Ein/Ausspeisepunkt „ Speicher Haag“ ist zu streichen, da die Ein- /Ausspeicherung über den Speicher Puchkirchen erfolgt.

Wir ersuchen höflich um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft


Dipl.Ing. Markus Mitteregger


ppa.Mag. Gabriele Windisch